



Herausforderung Integration – Zusammenleben in Europa

Mönchengladbacher Gespräche am 18./19. Mai 2017

Die diesjährigen Mönchengladbacher Gespräche, veranstaltet von der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle (KSZ), wurden in diesem Jahr zum siebten Mal in Kooperation mit der Kommission der Bischofskonferenzen in der Europäischen Gemeinschaft (COMECE) ausgestaltet. Im Ratssaal der Stadt Mönchengladbach trafen sich ca. 100 Vertreter des Faches Christliche Sozialethik, kirchlich und gesellschaftlich Engagierte sowie interessierte Bürgerinnen und Bürger zum Tagungsthema „Herausforderung Integration – Zusammenleben in Europa“. Dabei ging es zum einen um die Aufarbeitung der konkreten Fragen, vor denen die zu uns gekommenen Flüchtlinge, aber auch die Aufnahmegesellschaften stehen. Andererseits wurde die wachsende Vielfalt in Europa angesichts von Ängsten und Vorbehalten gegenüber den mehrheitlich muslimischen Migranten diskutiert. Mit der Überlegung, wie die Zuwanderer Teil unseres Gemeinwesens werden können, griff die Tagung ein Anliegen auf, das nicht nur die europäische Politik, sondern auch viele Bürgerinnen und Bürger bewegt.

Nach den Begrüßungsworten des Oberbürgermeisters der Stadt Mönchengladbach, Hans Wilhelm Reiners, und der thematischen Einleitung durch den Direktor der KSZ, Msgr. Prof. Dr. Peter Schallenberg sprach Prof. Dr. Marianne Heimbach-Steins, Direktorin des Instituts für Christliche Sozialwissenschaften der Universität Münster, zu dem Thema „Herausforderung Integration – eine sozialetische Einordnung“. Hier erläuterte sie, dass die ethische Reflexion von Migration und Integration ein relativ neuer Forschungsgegenstand der Christlichen Soziallehre

sei, der sich erst in den 1990er Jahren entwickelt habe. Grundsätzlich müsse zwischen politischen Weichenstellungen, rechtlichen Rahmenbedingungen und sozialen Beziehungen als unterschiedliche Ebenen der Integration differenziert werden. Verstehe man Gesellschaft als eine geschlossene, monolithische Einheit, ständen die Zugewanderten in einer Art Bringschuld. Alles, was an ihnen anders ist, als bei den Menschen der Aufnahmeländer, müsse abgelegt oder aufgegeben werden. Integration sei dann letztlich Anpassung an eine homogene Leitkultur. Eine solche Sicht entspreche jedoch nicht der Wirklichkeit, da sich das Gemeinwesen durch eine hybride Identität der Menschen auszeichne, die diversen sozialen Schichten angehören, unterschiedliche religiöse, weltanschauliche oder politische Positionen vertreten und verschiedene Berufe ausüben. In dieser offenen und pluralen Gesellschaft müsse Integration ein Prozess sein, in dem stets die Maßnahmen ermittelt werden, die für ein Leben in der Gemeinschaft erforderlich sind. Vor allem gehe es um die Akzeptanz von Andersartigkeit und Diversität sowie um die Ermöglichung gesellschaftlicher Teilhabe durch Bildung und Arbeit. Integration sei ein Befähigungsprojekt, das Ängste und Bedenken wahrnimmt, aber an keine objektivierbare Belastungsgrenze stößt.

Im Anschluss referierte Prof. Dr. Antonius Liedhegener vom Zentrum für Religion, Wirtschaft und Politik der Universität Luzern (Schweiz) über „Religion und gesellschaftliche Integration in Europa“. Dabei unterschied er zwischen systemischer Integration, die die Beziehungsmuster gesellschaftlicher Teileinheiten abbilde, und sozialer Integration, welche die Einbeziehung von

Gruppen in ein Gesamtsystem fokussiere. Liedhegener rekurrierte auf eine Studie der US-Soziologen Richard Alba und Nancy Foner, die im Vergleich von sechs Ländern, darunter Deutschland, die Akzeptanz von Muslimen untersucht und nach dem Beitrag fragt, den die Religionen für ein gedeihliches Zusammenleben der Menschen leisten können. Im Rahmen dieser Forschung zeigte sich – so Liedhegener –, dass Religionen nicht nur Problemverursacher, sondern auch Problemlöser sein können. Während beispielsweise muslimische Einwanderer im säkularisierten Europa oft auf Ablehnung stießen, würden ihnen die meist religiösen Amerikaner mit sehr viel größerer Offenheit begegnen. Religionen dienten daher in den USA als Brücken in die Gesellschaft oder Katalysator für ein konfliktfreies Miteinander.

Den Abschluss des ersten Konferenztages bildete ein Besuch der Roadshow „Integration“, die das Kolping Netzwerk für Geflüchtete anlässlich der Sozialetischen Gespräche in der Mönchengladbacher Innenstadt präsentierte. In einem Infomobil, das auch von vielen Bürgerinnen und Bürgern der Stadt aufgesucht wurde, zeigte das Netzwerk Beispiele aus der Arbeit mit Geflüchteten. Durch zahlreiche multimediale Elemente, Texttafeln, Spiel- und Mitmachaktionen will es die Öffentlichkeit für die Belange der Migranten sensibilisieren. Samantha Ruppel, Projektkoordinatorin Flüchtlinge und Zugewanderte beim Kolpingwerk Deutschland, informierte, dass die Roadshow derzeit mit der entsprechenden Intention quer durch Deutschland tourt.

Nach einer Heiligen Messe in der Krypta der Mönchengladbacher Müns-



terbasilika wurde der zweite Tagungstag mit einem Vortrag von Bischof Dieter Geerlings, Weihbischof im Bistum Münster und stv. Vorsitzender der Migrationskommission der DBK, eröffnet. Unter dem Titel „Die Kirche und die (religiöse) Vielfalt in Europa“ legte er dar, dass die Religionsfreiheit ein selbstverständliches Gut in der säkularen Gesellschaft sein müsse. Religion müsse jedoch auch sichtbar in der Öffentlichkeit sein. Der Bischof sprach von der Verkirchlichungsfalle, in der die Religiosität zu sehr der Organisation verhaftet sei. Christliches Tun spiegele sich u. a. in der spontan ehrenamtlichen Hilfe für Migranten und Flüchtlinge, wie sie in vielen deutschen Bistümern zu erleben sei.

Die Europaabgeordnete Birgit Sipel skizzierte die Reform des europäischen Asylsystems, die gerade in Brüssel diskutiert wird. Dabei machte sie deutlich, dass nach der Abkehr von den Regeln des Dubliner Abkommens die Gefahr droht, hinter diese Regelung zurückzufallen und keine einheitliche Regelung für die gesamte EU mehr zu besitzen. Deshalb seien diplomatische Bemühungen notwendig, um eine Neuregelung zu erreichen, die von allen Mitgliedsstaaten mitgetragen werde.

Den letzten Teil der diesjährigen Mönchengladbacher Gespräche bildete ein Podium, das das Thema „Identität und Differenz – Erfahrungen des Zusammenlebens in Europa“ in den Blick nahm. Es diskutierten Barbara Piazza-Georgi von der Flüchtlingsarbeit der Jesuiten in Budapest, Prof. Dr.

Emil Piront, Nationalpräsident des Christlichen Gewerkschaftsbundes Belgiens und Moraltheologe am Priesterseminar in Namur, Prof. Dr. Hristo Todorov, der an der Fakultät für Philosophie und Soziologie der Neuen Bulgarischen Universität Sofia tätig ist, sowie P. Georges Aboud BS, Seelsorger für melkitische Flüchtlinge in Deutschland. P. Georges Aboud, der als erster das Wort erhielt, berichtete über die Situation der christlichen Flüchtlinge in Deutschland. Diese hätten oftmals wenig Probleme mit der deutschen Bevölkerung, aber um so mehr Schwierigkeiten mit den hiesigen Behörden. Bildungsabschlüsse würden nicht anerkannt, der Familiennachzug behindert, und die Arbeitsmöglichkeiten seien begrenzt. Darüber hinaus komme es auch immer wieder zu Auseinandersetzungen mit muslimischen Migranten, die das Tragen des Kreuzes oder den Verzehr von Fleisch beanstandeten. Frau Piazza-Georgi zeichnete ein sehr differenziertes Bild von der Lage in ihrem Land. In der öffentlichen Wahrnehmung stände meist nur die offizielle Politik der Regierung Orban, die sich als Hüterin nationalkonservativer Werte versteht und deshalb die Migration nach Ungarn rigoros unterbindet. Dennoch gebe es zahlreiche zivilgesellschaftliche Initiativen, die die wenigen Flüchtlinge herzlich aufnehmen und betreuen. Prof. Piront betonte, dass Integration in Belgien traditionell gut über den Arbeitsmarkt vollzogen werde. Man habe zwar Schwierigkeiten, die Flüchtlinge und Migranten aus dem

Nahen Osten unmittelbar zu erreichen, arbeite aber an innovativen Lösungen, etwa durch Gewerkschaftsstände vor Moscheen, an denen Flyer ausgeteilt würden. Schließlich gab Prof. Todorov einen interessanten Einblick über die ethnische Zusammensetzung der bulgarischen Bevölkerung. Danach sind 77% der Einwohner des Landes Bulgaren, 8% Türken, 4,5% Sinti und Roma und 10,5% Russen oder Armenier. Nach der Unterdrückung der Türken durch die sozialistischen Machthaber gründete sich in der Zeit der politischen Wende eine Partei, die die türkische Minderheit repräsentieren will, aber von Postkommunisten geführt wird. Dementsprechend sei deren gesellschaftlicher Einfluss noch immer sehr groß. In der Flüchtlingskrise 2015 – so Todorov – war Bulgarien vor allem ein Durchgangsland. Viele Schutzsuchende hätten anderswo um Asyl gebeten. Dennoch verfestigte sich der Eindruck, dass die Regierung die Kontrolle über die Zuwanderung verloren habe, wodurch sich populistische Ideologien verbreiten.

In einem Schlusswort würdigte Stefan Lunte, Generalsekretär von *Justitia et Pax Europa*, die auf der Tagung gehaltenen Vorträge und resumierte, dass der gesellschaftliche Diskurs im Kontext von Migration und Integration fortgesetzt werden müsse. Die KSZ wird sich hieran auch künftig beteiligen.

*Christoph Krauß, Wolfgang Kurek,
Mönchengladbach*